

30. Januar 1951.

Kreditbegehren für einen Beitrag
an die Unesco-Aktion in Deutschland.

Politisches Departement. Antrag vom 20. Januar 1951.

Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 27. Januar 1951.

Die 5. Generalkonferenz der Unesco in Florenz hat beschlossen, das Tätigkeitsprogramm der Organisation auf Deutschland auszudehnen. In enger Verbindung mit den interessierten deutschen Kreisen und im Bestreben, ihre Arbeit so wirksam als möglich zu gestalten, plant sie die Schaffung von drei Zentren, die in Deutschland zur Pflege übernationaler Beziehungen dienen sollen, um damit die freiheitlichen und gegen den Nationalismus gerichteten Elemente zu unterstützen:

- a) Zentrum für internationale Jugendprobleme
- b) Internationales Institut für soziale Forschung
- c) Zentrum für pädagogische Studien.

Die Verwirklichung dieser Idee wird aber aus grundsätzlichen Erwägungen erschwert. Die Unesco könnte sich auf keinen Fall stärker für Deutschland einsetzen, als sie es für einen ihrer Mitgliedstaaten tut; sie hätte vor allem weder die Möglichkeit noch das Recht, für diese Sonderaktion eigene Mittel einzusetzen. Es müssen deshalb Gelder ausserhalb des allgemeinen Budgets gefunden werden. Die Aussichten dafür sind gut. Auf Grund von Zusicherungen verschiedener Länder konnte der folgende Finanzierungsplan aufgestellt werden:

- 60% Besetzungsmächte (USA 40%, England und Frankreich je 10%)
- 20% Deutschland
- 20% Die andern Mitgliedstaaten.

Durch die Beteiligung dieser dritten Gruppe wird der internationale Charakter der Aktion gewahrt, ein Punkt, auf den die Unesco grossen Wert legt. Bereits haben Länder, wie Libanon, die Philippinen, Belgien namhafte Beiträge zugesichert, während Holland, Dänemark und Schweden binnen kurzem folgen werden.

Es liegt auf der Hand, dass man von der Schweiz als einem in besonderem Masse an der geistigen Entwicklung und der Wiederaufnahme reger Beziehungen mit Deutschland interessierten Land auch eine Unterstützung erwartet.

Die innerhalb der nationalen Unesco-Kommission eingesetzte Sektion für die kulturelle Zusammenarbeit mit Deutschland hat die Vorschläge der Unesco gründlich geprüft und ist dabei zum Schluss gekommen, dass die Mitwirkung der Schweiz an dieser praktischen Aktion wünschbar sei. Sie bilde eine Fortsetzung und Ergänzung der bisher mehr sporadisch durch nicht-staatliche Organisationen unternommenen Aufgaben.

Gestützt auf dieses Gutachten und im Einverständnis mit dem Finanz- und Zolldepartement wird antragsgemäss

b e s c h l o s s e n :

Das Politische Departement wird ermächtigt, in die Botschaft über den 1. Teil der Nachtragskreditbegehren für das Jahr 1951 unter der Voranschlagsrubrik 373.12 "Beteiligung der Schweiz an der Unesco-Aktion in Deutschland" einen Betrag von Fr. 20'000.- einzustellen.

Hierauf wird ein dringlicher Vorschuss in der gleichen Höhe gewährt, der sofort verfügbar ist.

Protokollauszug an das Politische Departement (6 Expl.) und an das Finanz- und Zolldepartement.

Für getreuen Auszug,
Der Protokollführer:

Ch. Oser